

April 2020

Länderbericht

Länderbüro Frankreich

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Corona-Exit heißt auf Französisch *déconfinement*

Dr. Nino Galetti, Clara Kubler, Nele Katharina Wissmann

Die französische Regierung hat sich mit der Suche nach einem *déconfinement*, einer Exit-Strategie aus der noch bis zum 11. Mai andauernden Ausgangssperre, schwergetan. Nachdem Staatspräsident Emmanuel Macron am Ostermontag versprochen hatte, dass die Lockerungsmaßnahmen innerhalb von zwei Wochen bekanntgegeben werden, begann die Regierung, Exit-Strategien zu entwickeln. Während einzelne Informationen schon vor der offiziellen Ankündigung durch Premierminister Edouard Philippe am 28. April an die Medien gelangten und dort in die Kritik von Opposition und Experten gerieten, stößt der zentralistische Führungsstil Frankreichs zunehmend auf Unverständnis. Kommunalvertreter fordern mehr Entscheidungskompetenz auf lokaler Ebene. Häufig wird der deutsche Föderalismus als Vergleichsrahmen angeführt.

Debatte zum *déconfinement*

Ganz Frankreich wartete am Ostermontag auf die Fernsehansprache von Emmanuel Macron. Die Hoffnung auf erste Lockerungen der strikten Ausgangssperre enttäuschte der französische Staatspräsident jedoch: Er verlängerte die bereits seit dem 17. März geltenden strengen Beschränkungen bis zum 11. Mai, kündigte aber an, dass die Regierung das *déconfinement*, die Exit-Strategie, vorbereiten werde. Anders als von

manchen Beobachtern erwartet, hatte die Regierung die zurückliegenden Wochen nicht genutzt, um rasch mit klaren und konsistenten Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu gehen. Das selbst verursachte Informationsvakuum führte in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem Flickenteppich aus Vorschlägen und Gegenvorschlägen, der die Verunsicherung der Franzosen eher verstärkte, als einen klaren Weg aufzuzeigen. Es war nun an Premierminister Édouard Philippe, die verschiedenen Über-

legungen seiner Minister zusammenzuführen und einen Konsens zu erreichen, der auf nationaler Ebene von der Opposition mitgetragen wird und vor Ort von den Kommunalpolitikern umgesetzt werden kann.

Im Fokus der Verunsicherung der französischen Bevölkerung steht die Frage der Maskenpflicht sowie die Wiederaufnahme des Schulbetriebs. Der von der französischen Regierung beauftragte Expertenrat hatte sich deutlich gegen die Öffnung der Schulen vor September ausgesprochen. Die Franzosen scheinen in diesem Feld mehr Vertrauen in die Wissenschaft als in die eigene Regierung zu haben: Nach den Zahlen einer aktuellen Umfrage wollen 64 Prozent der Eltern in Frankreich ihr Kind vor den Sommerferien nicht mehr in die Schule schicken.

Die französische Regierung, die seit Beginn der Krise zu „nationaler Einheit“ und einer „Waffenruhe“ seitens der Opposition aufruft, sieht sich seit Ostern einem zunehmenden Gegenwind der politischen Gegner gegenüber. So haben etwa die bürgerlich-konservativen *Républicains* eine alternative Exit-Strategie wenige Tage vor der Rede des Premierministers medienwirksam im *Journal du Dimanche*, der führenden Sonntagszeitung Frankreichs, veröffentlicht. Das Positionspapier enthält 50 Vorschläge und kritisiert deutlich das Krisenmanagement der Regierung. Mit Blick auf Deutschland, werden großangelegte Testverfahren und eine Maskenpflicht eingefordert.

Auch auf das zunehmende Rumoren von Restaurantbetreibern möchten die *Républicains* eine rasche Antwort geben. Die Regierung hat hier eine Entscheidung für Ende Mai angekündigt. Da die Zahl der Infizierten in Bordeaux oder in der Bretagne um ein Vielfaches niedriger sind als in Paris oder im Elsass, möchten die *Républicains* in den weniger betroffenen Regionen den Besuch von Gaststätten und Cafés bereits ab dem 11. Mai ermöglichen; für die Regionen mit höherem Risiko soll eine spätere Öffnung vorgesehen werden.

Die Ideen der *Républicains* spiegeln außerdem eine Tendenz im aktuellen politischen Diskurs Frankreichs wieder: Die zentral in Paris gefällten

Entscheidungen stoßen auf kommunal- und regionalpolitischer Ebene auf wenig Verständnis. Die Vereinigung der Bürgermeister Frankreichs (AMF) fordert von der Regierung eine stärkere Einbindung der Kommunalpolitik. Bürgermeister seien nicht ausführendes Organ der Beschlüsse des Zentralstaats, sondern zentrales Element im Entscheidungsfindungsprozess, so die AMF.

Monsieur „Déconfinement“

Premierminister Édouard Philippe hat den Spitzenbeamten Jean Castex zum Koordinator für das *déconfinement*, die nationale Exit-Strategie ernannt. Seine Aufgabe ist es, Vorschläge der einzelnen Minister zusammenzuführen, Ideen weiterer Akteure einzubinden und Einwände Betroffener abzuwägen. Castex war unter Präsident Nicolas Sarkozy 14 Monate lang stellvertretender Generalsekretär des Elysées-Palasts. Seit 2017 ist er mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele 2024 betraut. Außerdem ist Castex seit mehreren Jahren Bürgermeister der 6000 Einwohner zählenden Gemeinde Prades (Pyrenäen) sowie Mitglied im Rat des Départements und der Region. Diese lokale Verankerung wurde von Premierminister Philippe als Mehrwert für die schwierige Aufgabe der Konsensfindung hervorgehoben.

Auch von der Assemblée nationale muss sich die Regierung Kritik gefallen lassen. Es wird nicht nur von der parlamentarischen Opposition, sondern auch innerhalb der Regierungsfraktion von *La République en Marche* moniert, dass die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus nicht vor der Assemblée nationale, sondern stets im Rahmen von Fernsehansprachen oder Pressekonferenzen vorgestellt worden sind.

Diese Kritik nahm Premierminister Edouard Philippe auf und stellte den Plan zum *déconfinement* am 28. April 2020 in der Assemblée nationale den Abgeordneten zur Abstimmung. Allerdings wurde kritisiert, dass diese Abstimmung direkt nach der Rede des Premierministers stattfand und den Abgeordneten keine Zeit zur fraktionsinternen Beratung gelassen wurde. Die *Républicains*

waren mit ihrer Forderung gescheitert, zwischen Rede und Abstimmung 24 Stunden vorzusehen. Der Vorsitzende der linkspopulistischen *France insoumise*, Jean-Luc Mélenchon, bezeichnete die Vorgehensweise als „macronistische Monarchie“.

Frankreichs Exit-Strategie

Zu Beginn seiner Rede stellte Premierminister Edouard Philippe fest, dass durch die strikte Ausgangssperre pro Monat 62.000 Menschenleben gerettet worden seien. Aufgrund der stabilisierten sanitären Situation, aber auch wegen der zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der achtwöchigen Ausgangssperre werde es ab dem 11. Mai ein schrittweises und maßvolles *déconfinement* geben. Die französische Nation müsse lernen mit dem Virus zu leben.

Wiederholt verwies der Premierminister darauf, dass die Lockerungsmaßnahmen nur in Kraft treten, wenn sich die Ansteckungszahlen weiterhin günstig entwickeln. Zunächst wird bis zum 2. Juni beobachtet, wie sich die Lockerungen auf die Infektionen auswirken und dann über weitere Maßnahmen entschieden werden.

Auf Grundlage der Kapazitäten der Krankenhäuser, des Zugangs zu Testverfahren und der Entwicklung der Infektionszahlen werden die französischen Départements in grüne und rote Kategorien eingeteilt, die eine unterschiedliche Anwendung der Maßnahmen ermöglichen. Die Einteilung wird am 7. Mai bekanntgegeben und soll alle sieben Tage überprüft werden. Die Regierung reagiert damit auf die Forderungen der kommunalen Akteure und die Tatsache, dass die Anzahl der Infektionen regional starke Unterschiede aufweist – ein ungewöhnlicher Schritt im zentralistisch regierten Frankreich.

Um das Risiko einer neuen Infektionswelle geringzuhalten, erfolge die Rückkehr zur Normalität unter dem Dreiklang *protéger, tester, isoler* (schützen, testen, isolieren). Sowohl Masken als auch Tests sollen bis zum 11. Mai im ausreichenden Maß zur Verfügung stehen. Die heimische Maskenproduktion sei seit Krisenbeginn verfünffacht worden. Neben

Apotheken und Supermärkten böte künftig auch die Post Masken zum Verkauf an.

Ziel der Regierung ist es, ab dem 11. Mai 700.000 Tests pro Woche durchzuführen, um sowohl Personen mit Symptomen, als auch deren Kontaktpersonen auf das Virus testen zu können. Für erkrankte Personen gilt weiterhin die komplette Selbstisolation, die durch Behörden überwacht werden kann.

Da insbesondere in den Großstädten Ansteckungsketten nur schwer nachzuverfolgen sind, sei der Einsatz einer Tracking-App unabdingbar. Da die genauen technischen Voraussetzungen eines solchen Instruments noch nicht vorliegen, soll über den Einsatz zu einem späteren Zeitpunkt im Parlament abgestimmt werden. Die Regierung geht hier auf die Befürchtungen von Kritikern ein, wonach datenschutzrechtliche Bedenken nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

Bildung

- Kitas dürfen ab dem 11. Mai Kleingruppen von maximal 10 Kindern betreuen.
- Öffnung der Grundschulen ab dem 11. Mai auf freiwilliger Basis der Eltern
- Öffnung der Unterstufen der weiterführenden Schulen ab dem 18. Mai in den Départements der grünen Kategorie
- Öffnung der Mittel- und Oberstufen der weiterführenden Schulen, insbesondere der Berufsschulklassen ab Anfang Juni. Die finale Entscheidung hierzu wird Ende Mai getroffen.
- Ab der Unterstufe der weiterführenden Schulen besteht eine Maskenpflicht. Pro Klassenraum dürfen maximal 15 Schüler am Unterricht teilnehmen.

Arbeit

- Soweit wie möglich soll weiterhin Teleheimarbeit ermöglicht werden. Ziel ist, Kontakte am Arbeitsplatz zu verhindern und die öffentlichen Verkehrsmittel zu entlasten.
- In Unternehmen, die kein Homeoffice anbieten können, soll die Kernarbeitszeit flexibel gestaltet werden.

- Der gesetzliche Rahmen für Kurzarbeit gilt vorerst bis zum 1. Juni.

Geschäfte und Restaurants

- Ab dem 11. Mai dürfen frankreichweit alle Geschäfte wieder öffnen unter der Bedingung, dass die Abstandsregeln eingehalten werden. Masken werden empfohlen.
- Cafés und Restaurants bleiben vorerst geschlossen. Über ihre Öffnung wird Anfang Juni entschieden.

Öffentliche Verkehrsmittel

- In den öffentlichen Verkehrsmitteln besteht Maskenpflicht. Jeder zweite Sitzplatz soll gesperrt, der Sicherheitsabstand zwischen Nutzern verpflichtend sein.

Sozialleben

- Ältere Menschen sollen so weit wie möglich weiterhin den Kontakt zu anderen Personen meiden. Kontrollmaßnahmen gibt es nicht.
- Ab dem 11. Mai darf die Wohnung wieder ohne Passierschein verlassen werden. Erst ab einem Radius von 100km ist eine Sondergenehmigung notwendig.
- Sport in Freien darf wieder ganztägig getrieben werden. Parks werden nur in den Départements der grünen Kategorie geöffnet. Strände bleiben bis Anfang Juni gesperrt.

Religion und Kultur

- Gottesdienste sollen ab dem 2. Juni wieder möglich sein. Friedhöfe werden wieder geöffnet; Hochzeitsfeiern sollen soweit wie möglich verschoben werden.
- Mediatheken, Bibliotheken und kleine Museen dürfen am 11. Mai wieder öffnen.

- Geschlossen bleiben Kinos, Konzertsäle und große Museen.
- Große Sport- und Kulturereignisse, die mehr als 5000 Personen versammeln, bleiben bis September verboten.
- Menschenansammlungen von mehr als 10 Personen sind verboten.

Aufgrund der geltenden Abstandsregeln nahmen nur 75 Abgeordnete an der Debatte im Plenarsaal der Assemblée nationale teil. Von den insgesamt 577 Abgeordneten beteiligten sich jedoch 571 an der folgenden Abstimmung. Wie zu erwarten, erreichte die Exit-Strategie der Regierung eine satte Mehrheit von 368 Stimmen. Bei der Regierungsfraktion *La République en Marche* gab es lediglich eine Gegenstimme, bei den *Républicains* stimmten 11 Abgeordnete für den Regierungsplan, 67 enthielten sich, 24 stimmten dagegen.

Premierminister Edouard Philippe wird dem Parlament zeitnah ein Gesetz vorlegen, dass den Gesundheitsnotstand bis zum 23. Juli verlängern und die Lockerungsmaßnahmen rechtlich begleiten und die Umsetzung im Detail regeln soll. Die Debatten rund um die Exit-Strategie haben gezeigt, dass im Krisenmanagement längst keine nationale Einheit mehr besteht. Dementsprechend ist rund um die Gesetzesdebatte zur Verlängerung des Gesundheitsnotstands im Mai ein noch härterer Lagerkampf zu erwarten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Länderbüro Frankreich
www.kas.de/paris

info.Paris@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)